

Regierungsratsbeschluss

vom 19. Februar 2013

Nr. 2013/268

Vernehmlassung zur Änderung des Publikationsgesetzes Schreiben an die Bundeskanzlei

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 21. November 2012 eröffnet die Bundeskanzlei die Vernehmlassung zur Änderung des Publikationsgesetzes. Die Staatskanzlei unterbreitet das Schreiben an die Bundeskanzlei zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Das Schreiben an die Bundeskanzlei betreffend Vernehmlassung zur Änderung des Publikationsgesetzes wird beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an die Bundeskanzlei vom 19. Februar 2013

Verteiler

Staatskanzlei (2)
Ratsleitung (8)
Medien (jae)